



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

Legislaturperiode: VIII

Sitzung Nr. 32 vom 21. Juni 2004

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 bis 21.10 Uhr

Leitung: E. Rietmann

Protokollführung: B. Christen

Anwesend: 38 Mitglieder

Abwesend: C. Fries, G. Köhler

Protokollgenehmigung: Das Protokoll der 31. Sitzung vom 10. Mai 2004 wird mit folgender Korrektur genehmigt: Auf Seite 408, am Schluss des Votums von A. Mati muss es heissen: *Die kantonalen Durchschnittsprämien für die Grundversicherung der Krankenkassen gemäss Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen*. Dito im Beschluss betr. anrechenbare Ausgaben auf Seite 409 (§ 11 lit. c).

Präsident:

Eduard Rietmann

für das Protokoll:

Petra Oppliger

Mitteilungen des Präsidenten E. Rietmann:

- Obwohl es bereits einige Wochen zurück liegt, gratuliert er Charles Simon an dieser Stelle nochmals herzlich zur Wahl als Gemeindepräsident und wünscht ihm alles Gute.
- Mitte Mai fand der Ausflug des Einwohnerrats nach Weil statt, welcher sehr angenehm verlief.
- Kürzlich ging das Mlleniumsfest über die Bühne; es war ein grosser Erfolg und das Echo sehr positiv. Ein Dankeschön für die Geschenke geht an die verschiedenen Delegationen aus der Region sowie die Patengemeinden, aber auch besonders an das Organisationskomitee und alle weiteren Mitwirkenden.
- Für einige Mitglieder des Einwohner- und Gemeinderats ist die heutige Sitzung die letzte. Die Verabschiedungen wird er am Schluss vornehmen.
- Leider ist kürzlich Manfred Reist, Mitglied der 'Grünen' gestorben. Er war in den Jahren 1988 bis 1995 im Parlament und fiel durch seine pointierten Voten auf.

Neu eingereichte persönliche Vorstösse :

- Interpellation SVP-Fraktion vom 11.5.2004: Zur Sicherung der Attraktivität des Allschwiler Waldes im Gemeindebann von Binningen (Gesch. Nr. 208)
- Interpellation FDP-Fraktion vom 17.6.2004: Zum Einfluss der Gemeinde auf ihr Publikationsorgan (Gesch. Nr. 209)
- Interpellation SP-Fraktion vom 18.6.2004: Mobilfunk-Antenne auf dem Mühlematt-Schulhaus (Gesch. Nr. 210)
- Interpellation SP-Fraktion vom 18.6.2004: Kinderspielplatz Schafmatt (Gesch. Nr. 211)
- Postulat SP-Fraktion vom 18.6.2004: Schulsozialarbeit im Mühlematt-Schulhaus (Gesch. Nr. 212)

SVP: M. Trautwein: Weil heute materielle Bedürfnisse und Selbstverwirklichung oftmals einen höheren Stellenwert als die Erziehung einnehmen, kommt es zu untolerierbaren Auswirkungen wie im Allschwiler Wald, dann muss der Staat eingreifen. Er erwartet vom Gemeinderat nicht nur eine Antwort, sondern dass er auch Massnahmen trifft.

Die Vorstösse gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

Traktandenliste:

	Gesch. Nr.
1. Zweiter Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.6.2004: Teilrevision über die Kinder- und Jugendzahnpflege , 2. Lesung	202 A
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.6.2004: Teilrevision Behördenreglement , 1. Lesung	173
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 23.3.2004 und Bericht der GRPK vom 2.6.2004: Jahresbericht 2003	199
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.6.2004: Gesamtprojekt Schlosspark, Mutation der Teilzonenvorschriften Nr. 9, Mutation der Spezialzone für Kulturgüterschutz Schlosspark sowie Mutation der Gewässer- und Baulinien	205
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.6.2004: Bewilligung einer Investitionsausgabe für Abwasserleitungsbau (CHF 1.65 Mio.) und Strassenerneuerung (CHF 0.35 Mio.) Paradiesstrasse	206
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.6.2004: Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 126'000 für die Sanierung der Liegenschaft Blumenstrasse 25	204
7. Postulat der CVP-Fraktion vom 26.1.2004: Erwerb des Areals des Schiessplatzes Allschwiler Weiher durch die Gemeinde Binningen Stellungnahme des Gemeinderats betr. Überweisung	191
8. Interfraktionelles Postulat vom 10.5.2004: Beteiligung der Einwohnergemeinde Binningen an der Finanzierung des Liegenschaftskaufs Bottmingerstrasse 111 durch die Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen Stellungnahme des Gemeinderats betr. Überweisung	207
9. Diverses	

Traktandum 1

Geschäft Nr. 202 A

Zweiter Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.6.2004:

Teilrevision über die Kinder- und Jugendzahnpflege, 2. Lesung

Eintreten:

CVP: *T. Petitjean* dankt für den Zusatzbericht des Gemeinderats. Seine Fraktion ist der Ansicht, dass die vorgeschlagene Vermögensobergrenze für eine Subventionsberechtigung von 420'000 Franken, gemäss Position 32 der Steuererklärung, zu hoch ist. Es handelt sich dabei um Aktivwerte, wie beispielsweise Liegenschaften, bewegliche Mittel, Geschäftsvermögen. Ausserdem bleiben die Schulden unberücksichtigt. Je nach Rückmeldung der anderen Fraktionen wird er in der Detailberatung den Antrag auf Reduktion der Vermögensgrenze auf 200'000 Franken stellen.

SP: *D. Gorba* vertritt die Fraktionsmeinung, dass die Gesundheitsvorsorge von der Gemeinde weiterhin gewährleistet bleiben soll. Der Teilrevision und den Anträgen der Exekutive wird zugestimmt.

FDP: *A. Eichenberger* befürwortet aufgrund der zusätzlichen Erläuterungen de Teilrevision. Das Argument der CVP trifft zu, die vorgesehene Vermögenslimite kann als grosszügig bezeichnet werden.

SVP: *E. Kohl* bedauert, dass der in der ersten Lesung gestellte Antrag nicht angenommen worden ist. Dieser forderte als Bedingung für die Subventionsberechtigung eine 100 %-Stelle für Ehe- oder Konkubinatspaare. Wenn die CVP einen Antrag auf Reduktion stellt, wird ihn ihre Fraktion unterstützen.

FDP: *M. Ziegler* hat an der letzten Sitzung vorgeschlagen, dass anstelle eines fixen Betrags beispielsweise 5 % vom Vermögen auf das Einkommen hinzugerechnet werden. Der Rat hat dies abgelehnt. Seine Fraktion würde jedoch auch dem Antrag der CVP folgen. Denkbar wären 150'000 oder 200'000 Franken als Limite.

SP: *S. Zürcher* hält fest, dass seine Fraktion eine Reduktion des Betrags nicht ablehnen wird.

CVP: *T. Petitjean* stellt folgenden Antrag: Für die Bezugsberechtigung muss der Betrag der Position 32 der Steuererklärung *unter 200'000 Franken* liegen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *H. Ernst* geht auf das Votum der SVP-Sprecherin ein und verweist auf die Antwort des Gemeinderats unter Pt. 8 der überarbeiteten Vorlage. Es ist unmöglich, verbindliche Kriterien festzulegen, wenn ein Paar kein Arbeitspensum von 100 % leistet, ob die Gründe dafür verschuldet oder unverschuldet sind. Der Gemeinderat ist bei der Vermögensgrenze von Faktor 5 ausgegangen, d. h. 5 x 84'000. Es kann jedoch auch der Faktor 4 für die Berechnung herangezogen werden. Es geht um einen Betrag im Budget von rund 45'000 Franken. Damit eine Revision noch Sinn macht, sollte die Grenze nicht zu stark gesenkt werden.

Detailberatung: entfällt

- ://:** Einstimmig wird der Antrag der CVP angenommen.
§ 6, zweiter Absatz lautet: Anspruch auf Subventionen haben Familien, deren Total der Einkünfte (Pos.7 der Steuererklärung) unter CHF 84'000 und deren Total der Vermögenswerte (Pos. 32 der Steuererklärung) unter CHF 200'00 liegen.

Einstimmig wird beschlossen:

- ://: 1.1 Der Teilrevision des Reglements über die Kinder- und Jugendzahnpflege der Gemeinde Binningen wird zugestimmt.**
- 1.2 Die revidierten Bestimmungen treten ab 1. August 2004 in Kraft.**

Traktandum 2

Geschäft Nr. 173

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.6.2004:

Teilrevision Behördenreglement, 1. Lesung

Eintreten:

SP: *R. Dürig:* Die Revision ist nötig. Seine Fraktion hat aber zu den Änderungen noch Fragen. Aus der Vorlage geht u. a. nicht hervor, welche Aufgaben die verschiedenen Behördenpräsidien haben; somit fehlen wichtige Informationen als Entscheidungsgrundlage. Die Rückmeldungen zeigen überdies, dass verschiedene der direkt betroffenen Fachbehörden mit den Änderungen nicht einverstanden sind. Die SP-Fraktion stellt den Antrag, dass das Geschäft an eine Spezialkommission mit neun Mitgliedern überwiesen wird.

FDP: *M. Ziegler* erklärt, dass sich eine Revision des Reglements aufdrängt, einerseits als Anpassung an das neue Bildungsgesetz, andererseits wegen des Ungleichgewichts bei der Sozialhilfe bzw. Vormundschaftsbehörde. Nach Auffassung der Fraktion müsste eine Grundsatzdebatte darüber geführt werden, ob generell eine Abgeltung mit Pauschalen oder nach Aufwand mittels Sitzungsgeld die bessere Form ist. Pauschalen würden verhindern, dass zu viele Sitzungen abgehalten werden und wären besser budgetierbar. Die Vor- und Nachteile sollen von einer Spezialkommission abgewogen werden.

Grüne: *M. Schmidli* gibt ihrer Überraschung darüber Ausdruck, dass die Reglementsänderungen erst jetzt vorliegen; schliesslich ist das neue Bildungsgesetz bereits vor zwei Jahren beschlossen worden. Bezüglich Art und Höhe der Vergütung an Fachbehörden herrscht offenbar unter den Betroffenen kein Konsens. Eine Entschädigung soll bedarfsgerecht sein. Sie hat jedoch den Eindruck, dass die Pflichtenhefte nicht klar definiert sind. Grundsätzlich sollten innerhalb der verschiedenen Kommissionen alle gleich behandelt werden. Ein Fixum ist daher auch den Schulräten auszurichten. Die Überweisung des Geschäfts an eine Spezialkommission ist richtig.

CVP: *T. Petitjean* stellt fest, dass sich zur Ausarbeitung des Erlasses eine Spezialkommission vor vier Jahren mit der Materie eingehend befasst hat. Er kann nicht nachvollziehen, weshalb sich eine Revision aufdrängt, nachdem die involvierten Fachbehörden keine Änderung wünschen. Die Vorlage zeigt zudem die finanziellen Konsequenzen nicht auf. Auf der Basis der dafür ausgerichteten Beträge 2003 wäre ein Vergleich problemlos darzustellen. Änderungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg zu beschliessen, findet er politisch heikel. Die Einsetzung einer Spezialkommission ist daher gerechtfertigt.

SVP: *E. Kohl* schliesst sich den Voten der Vorredner an. Der unterschiedliche Arbeitsaufwand der Behörden soll durchaus berücksichtigt werden. Eine Spezialkommission soll sich mit den offenen Fragen auseinander setzen.

SP: *T. Rehmann* weist darauf hin, dass Grundsätzliches vor vier Jahren in einer Spezialkommission diskutiert worden ist. Hingegen sind im Bildungsbereich aufgrund des neuen Bildungsgesetzes An-

passungen unumgänglich. Spezielles Augenmerk sollte auf das Vizepräsidium von Sozialhilfe- und Vormundschaftsbehörde gerichtet werden.

Stellungnahme des Gemeinderats: *B. Fünfschilling* erläutert, dass sich vor allem im Schulbereich die Aufgaben stark geändert haben. Manches, was bisher Sache der Schulräte war, ist nun Aufgabe der Schulleitungen. Daher wurde das Fixum aufgehoben. Das Vor- und Nachbereiten der Sitzungen ist im Sitzungsgeld enthalten. In der Vormundschaftsbehörde haben die gesetzlich vorgeschriebenen Anhörungen durch das Präsidium in den letzten Jahren um das Doppelte zugenommen. Im Übrigen hat der Gemeinderat nichts gegen eine Spezialkommission einzuwenden.

://: Der Antrag der SP-Fraktion zur Überweisung des Geschäfts 173 an eine Spezialkommission mit 9 Mitgliedern wird mit deutlichem Mehr angenommen.

(3 Gegenstimmen)

Traktandum 3

Geschäft Nr. 199

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 23.3.2004 und Bericht der GRPK vom 2.6.2004:
Jahresbericht 2003

GRPK-Präsident M. Metz beantragt Genehmigung des Jahresberichts; dieser ist sorgfältig abgefasst und aussagekräftig. Der Exekutive und der Verwaltung wird dafür gedankt. Die Fragen der Kommission sowie die Antworten finden sich im Bericht der GRPK. Es sind vier Arbeitsgruppen gebildet worden, welche sich mit spezifischen Themen befassen. Zwei Arbeitsgruppen haben ihre Abklärungen noch nicht abgeschlossen, deren Berichte werden später folgen. Die GRPK hat dem Gemeinderat Empfehlungen zu gewissen Themenkreisen abgegeben und ihn zudem aufgefordert, seinerseits einen Bericht bezüglich Umsetzung der Empfehlungen - auch jener der ROD - abzufassen.

Eintreten:

Grüne: *K. Birkhäuser* lobt den Jahresbericht als übersichtlich und informativ. Erfreulich ist, dass bezüglich Layout kein unnötiger Aufwand betrieben wird. Der Dank geht auch an die GRPK für ihren Bericht. In den zusätzlichen Berichten von zwei Arbeitsgruppen sind Mängel aufgezeigt worden und sind Empfehlungen formuliert. Er legt Wert darauf, dass diese beachtet werden.

CVP: *H. Senn* erachtet den Jahresbericht analog früherer Jahre als gut und ausführlich. Sein Kommentar konzentriert sich auf die Berichte der GRPK: Er bittet den Gemeinderat und die Verwaltung, die abgegebenen Hinweise umzusetzen. Die Subkommissionsberichte enthalten einige heikle Angelegenheiten. Bezüglich der gemeinderätlichen Kommissionen liegen offenbar keine genügenden rechtlichen Grundlagen und Entscheide vor. Es sind Entschädigungen in Form von Sitzungsgeldern ausbezahlt worden, welche nach Auffassung der GRPK in den fixen Auszahlungen enthalten sein sollten. Im Bericht zum Personal sind zwei Punkte erwähnt, welche nochmals näher zu prüfen wären: Einerseits der beschleunigte Stufenanstieg bei bevorstehenden Pensionierungen sowie die Verdoppelung der Gesamtaufwendungen im Berichtsjahr [Anmerkung: in den Bereichen Beförderungen, beschleunigter Stufenanstieg und Leistungsprämien]. Die CVP-Fraktion wird den Jahresbericht genehmigen.

FDP: *A. Mati* stellt fest, dass der Bericht ein aussagekräftiges Bild der wesentlichen Tätigkeiten der Gemeinde abgibt und die Fraktion ihn genehmigt. Die Dienstleistungen weisen ein hohes Qualitätsniveau auf und werden wenn möglich laufend verbessert. Den verschiedenen Empfehlungen der GRPK schliesst sich die FDP-Fraktion an. Diese sollten möglichst bald verwirklicht werden. Wichtig sind Zurückhaltung, Transparenz, aufgabengerechte Strukturen und klare Abgrenzungen. Nach

Vorliegen der Leistungsaufträge und Globalbudgets wird sich auch das Erscheinungsbild des Jahresberichts verändern. Auch dazu wird die GRPK hoffentlich Gelegenheit erhalten, sich vorgängig äussern zu können.

SVP: E. Kohl erwähnt positiv, dass ein ausführlicher Bericht der GRPK vorliegt. Auf diese Weise wird ersichtlich, welche Arbeit die GRPK und die Subkommissionen leisten. Auch ihre Fraktion legt Wert darauf, dass die Kommissions-Empfehlungen vom Gemeinderat und der Verwaltung umgesetzt werden.

SP: A. Erhardt schätzt die Ausführlichkeit des Berichts und dankt den Verfassern. Seine Fraktion würde es begrüßen, wenn die Lehrabgänger/innen länger, d. h. ein bis zwei Jahre auf der Verwaltung weiter beschäftigt würden. Dies würde ihnen die nötige Erfahrung vermitteln für einen leichteren Einstieg ins weitere Berufsleben. Aufgefallen ist die Verdoppelung der Aufwendungen für Kommissionen im Vergleich zum Budget. Der Bericht wird genehmigt und die Aufforderung, dass die Empfehlungen zu realisieren sind, wird auch seitens der SP-Fraktion wiederholt.

EVP: U. von Bidder dankt insbesondere der GRPK und der Verwaltung für die geleistete einwandfreie Arbeit. Er verzichtet auf die Wiederholung der bereits mehrfach genannten kritischen Punkte. Es stellt sich ihm die Frage, wie die Kontrollmechanismen in Zukunft verbessert werden können. Der Gemeinderat ist angehalten, die Hinweise zu beachten.

Stellungnahme des Gemeinderats: entfällt

Einstimmig wird beschlossen:

://: Der Jahresbericht 2003 wird genehmigt.

Traktandum 4

Geschäft Nr. 205

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.6.2004:

Gesamtprojekt Schlosspark, Mutation der Teilzonenvorschriften Nr. 9, Mutation der Spezialzone für Kulturgüterschutz Schlosspark sowie Mutation der Gewässer- und Baulinien

Gemeinderat R. Felber gibt vorab einige Korrekturen von Fehlern in der Vorlage bekannt. Beim Teilzonenplan Nr. 9, Weihermatten, auf Seite 2, Pt. 4 muss es im zweiten Satz heissen: Diese Einstellhalle ist *primär* für die Parkplätze des Schlossparkprojekts vorbehalten. Ebenso unter Pt. 6.3, zweiter Satz: Die rund 60 Autoabstellplätze in der Einstellhalle an der Schlossgasse sind *primär* für den Schlosspark Binningen vorbehalten. Unter 5.2 muss der dritte Satz lauten: Die Grösse und Ausdehnung der Einstellhalle an der Schlossgasse *wird durch* den Baubereich für die Einstellhalle *definiert*. Der Begriff Kulturgüterschutz existiert nicht mehr, neu muss es Denkmalschutzzone heissen.

Nachdem der Souverän dem Schlosspark zugestimmt hat, sind die Mutationen formell notwendige Anpassungen, damit das Projekt weiter bearbeitet werden kann.

Eintreten:

CVP: A. Achermann gibt bekannt, dass die Fraktion mehrheitlich den Anträgen des Gemeinderats zustimmt. Bei Veränderungen von kommunalen Planungsgrundlagen ist ein Mitwirkungsverfahren für angrenzende Grundeigentümer üblich. Wie ist der Gemeinderat in diesem Fall vorgegangen?

SVP: *M. Trautwein* bemängelt, dass diese Pläne nicht bereits der Bau- und Planungskommission vorgelegt worden sind. Nachdem das Projekt vom Volk genehmigt ist, kann der Einwohnerrat zu den Zonenplan-Änderungen keinen Einfluss mehr geltend machen. Seine Fraktion wird dennoch die Anträge gutheissen. Hinweisen möchte er darauf, dass der Abschnitt unter 6.2 gestrichen werden könnte. Begründung: Nachdem auch in der Amerikanerstrasse Tempo 30 eingeführt wird und es offiziell keine Wohnstrassen mehr gibt, sondern nur noch Begegnungszonen, erübrigt sich dieser Passus. Er möchte den Gemeinderat auf seine Aussage behaften, dass das Parkhaus kostendeckend bewirtschaftet wird. Dabei sind die Amortisationskosten nicht zu vergessen. Die Gemeinde kann kein Parkhaus bauen, welches letztlich von Privaten kostengünstig genutzt wird.

SP: *P. Fankhauser* erachtet es als folgerichtig, dass nach dem klaren Volksabstimmungs-Ergebnis von Mitte Mai die Mutationen der Teilzonenvorschriften vom Einwohnerrat beschlossen werden. Daher sagt die SP-Fraktion ja zu den drei Anträgen.

FDP: *T. Lutz* hält fest, dass seine Fraktion ebenfalls einstimmig die Anträge genehmigen wird.

CVP: *H. Senn* stellt fest, dass sein Arbeitgeber als Nachbar unmittelbar von der Einstellhallen-Einfahrt betroffen ist. In der Vorlage des Gemeinderats findet sich der Hinweis, dass die Liegenschaften Amerikanerstrasse 21/23 durch die Änderung einen eingefriedeten Sitzplatz sowie eine Lärmschutzwand zur Ein-/Ausfahrt hin erhält. Dagegen ist nichts einzuwenden. Mit keinem Wort wird jedoch erwähnt, dass ein Bauvorhaben geplant ist, welches kurz vor der Bewilligung steht. Die zukünftigen Bewohner/innen dieser Liegenschaft werden von der Einstellhallen-Zufahrt noch viel direkter durch Lärm gestört sein. Es wurde diesbezüglich zu keinem Zeitpunkt mit der Firma Glanzmann Kontakt aufgenommen. Er möchte, dass der Gemeinderat dazu Stellung nimmt. Ist ein Lärmschutz gegen die Zufahrt geplant, oder sind allenfalls andere Varianten der Zufahrt denkbar? So sehr er persönlich überzeugter Befürworter des Schlossparks ist, so enttäuscht ist er über das Vorgehen in dieser Hinsicht.

Stellungnahme des Gemeinderats: *R. Felber* antwortet, dass die verschiedensten Varianten für die Zufahrt zur Einstellhalle geprüft worden sind und die vorgeschlagene die geeignetste ist. Es sind Lärmschutzmassnahmen vorgesehen. Die Wand kann auch begrünt werden. Im Übrigen hat auch die Firma Glanzmann kaum 20 Meter neben der geplanten ebenfalls eine Zufahrt zu ihrer Einstellhalle. Auch diese Immissionen sind für die Anwohner/innen störend. Nach Auffassung des Gemeinderats sind es eher unwesentliche Mutationen, welche hier beantragt werden. Die ganze Bevölkerung wurde eingehend über das Projekt informiert. Aus diesem Grund ist kein Mitwirkungsverfahren durchgeführt worden. Ein solches kann jedoch auf Wunsch nachgeholt werden.

CVP: *H. Senn* hält entgegen, dass die Einfahrt seiner Firma privat ist und die Einstellhalle im Gegensatz zur geplanten weniger Plätze umfasst. Die Einstellhalle des Schlossparks ist öffentlich und wird wegen des Restaurantbetriebs bis spät nachts benutzt werden.

SP: *A. Braun* Gemeinderat *Felber* hat ausgeführt, dass die Parkplätze primär den Gästen des Schlosspark-Areals dienen sollen. Falls es zu viele Plätze gibt, werden diese mit Parkuhren versehen, um günstiges Parkieren zu vermeiden?

Gemeinderat R. Felber informiert, dass die Einstellhallenplätze bewirtschaftet werden und kein Gratis-Parking vorgesehen ist. Grundsätzlich sind nicht zu viele Plätze vorhanden. Gäste des Restaurants werden diese aber vorwiegend abends benützen, tagsüber sollen sie ebenfalls gegen Bezahlung zur Verfügung stehen.

EVP: *U. von Bidder* ist überrascht, dass der Gemeinderat die Zonenmutationen als "kleine Änderungen" einstuft. Seines Wissens besteht kein Ermessensspielraum, ob ein Mitspracheverfahren durchzuführen ist oder nicht. Die gesetzlichen Vorschriften sind deshalb peinlich genau einzuhalten.

Gemeinderat R. Felber entgegnet, dass bei minimalen Änderungen ein solches Verfahren nicht zwingend durchgeführt werden muss.

Präsident E. Rietmann will über den SVP-Streichungsantrag von Pt. 6.2 abstimmen lassen.

Grüne: *K. Birkhäuser* ist gegen die Streichung. Sollte nämlich gegen die Einführung von Tempo 30 in dieser Zone das Referendum ergriffen werden, so kann weder eine Wohnstrasse bzw. Begegnungszone errichtet werden noch Tempo 30 umgesetzt werden. Den gemeinderätlichen Anträgen stimmen die 'Grünen' zu.

CVP: *A. Achermann* beantragt, dass das Geschäft an den Gemeinderat zurückgewiesen wird mit dem Auftrag, das Mitwirkungsverfahren noch nachzuholen.

SP: *S. Zürcher* bezweifelt, ob der Antrag Trautwein legitim ist. Seines Erachtens wären Textänderungen nur zulässig, wenn die ganze Teilzonenvorschrift überarbeitet würde.

Gemeinderat R. Felber verweist darauf, dass der Strassennetzplan rechtsgültig ist. Zur Debatte steht allein die Einfahrt zur Einstellhalle und dafür ist kein Mitwirkungsverfahren notwendig. Deshalb plädiert er an den Rat, die Anträge zu genehmigen.

FDP: *M. Metz* wendet ein, dass nicht irgendwer sondern die Gemeinde Bauherrin ist und es immerhin um 60 Plätze geht. Deshalb soll das Verfahren absolut korrekt durchgeführt und dem CVP-Rückweisungsantrag zugestimmt werden.

Mit 22 Ja, 9 Nein bei 6 Enthaltungen wird beschlossen (37 Anwesende):

://: Das Geschäft wird zur Überarbeitung an den Gemeinderat zurückgewiesen.

Präsident E. Rietmann stellt fest, dass mit der Rückweisung des Geschäfts der Antrag Trautwein nicht mehr opportun ist.

Traktandum 5

Geschäft Nr. 206

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.6.2004:

Bewilligung einer Investitionsausgabe für Abwasserleitungsbau (CHF 1.65 Mio.) und Strassenerneuerung (CHF 0.35 Mio.) Paradiesstrasse

Eintreten:

CVP: *A. Achermann* eröffnet, dass seine Fraktion den Anträgen prinzipiell zustimmt. Unbestritten ist der dringende Sanierungsbedarf der Paradiesstrasse und dass die Verzweigung an der Paradiesstrasse / Neubadrain / Lange Gasse eine Gefahr bildet. Die Zustimmung zu den Anträgen bedeutet aber nicht, dass das geltende Verkehrsregime auf dieser Achse gutgeheissen wird. Nach wie vor wird entsprechend der überwiesenen Motion ein Fahrverbot für Lastwagen gefordert und soll ausschliesslich Zubringerdienst gestattet sein.

FDP: *M. Bolleter* gibt bekannt, dass auch seine Fraktion den Ausgaben für die Abwasserleitungen und die Strassensanierung im Bereich Kronenplatz zustimmt. Mühe bereiten die Ausgaben für die Änderung des Verkehrsregims mit Inseln, Rabatten u. ä. Interessant wäre überdies zu erfahren, mit welchen Folgekosten für den Unterhalt zu rechnen ist. Skepsis herrscht darüber, ob mit den vorgesehenen Massnahmen die Probleme behoben werden können. Er beantragt deshalb, das Geschäft an die Bau- und Planungskommission zu überweisen.

SP: *S. Brenneisen* erklärt, dass auch seine Fraktion das gleiche Fazit gezogen hat. Möglicherweise müssten noch andere Massnahmen zur Verkehrsberuhigung geprüft werden. Ausserdem wurde festgestellt, dass kein Veloweg geplant ist. Zudem tauchten die Fragen auf, ob die Breite der Strasse unverändert bleibt oder ob sie breiter wird und ob ein Minikreisel wirklich notwendig ist.

CVP: *M. Trautwein* erachtet es als richtig, dass im Zug der Erneuerung der Abwasserleitung gleichzeitig andere Werkleitungen saniert werden. Er weist darauf hin, dass diese Arbeiten auch mit der Umgestaltung des Kronenplatzes zu koordinieren sind, zu welcher derzeit mehrere Einsprachen hängig sind. Die Überweisung an die BPK wird befürwortet.

Grüne: *K. Birkhäuser* führt gleiche Argumente an: Zustimmung für die Investition des Abwasserleitungsbaus, jedoch Einwände betreffend Strassenerneuerung und Massnahmen zur Verkehrsberuhigung. Gewisse Argumente der IG Lärmschutz Neubadrain / Paradiesstrasse sind nicht von der Hand zu weisen: In der gemeinderätlichen Vorlage werden die Velofahrer/innen in keiner Weise berücksichtigt. Die Forderung der Strassenbreite-Reduktion auf 7 Meter ist aus Sicht der Anwohner/innen verständlich, doch würde sich dann der Verkehr auf andere Strassenzüge verlagern. Die Angelegenheit ist auch im Zusammenhang mit der drohenden Südumfahrung zu sehen, welche den Autoverkehr vermehren würde. Das Geschäft soll vorgängig von der BPK geprüft werden.

FDP: *M. Ziegler:* Die Forderung der Motion für ein Lastwagenverbot ist pragmatisch, schnell umsetzbar und finanziell vertretbar. Im Gegensatz zum Vorredner erachtet er längerfristig eine Lösung des Verkehrsproblems durch eine Südumfahrung als valable Option, um den Flaschenhals Binningen vom Verkehr ins Leimental zu entlasten.

SP: *A. Braun* betont, dass bauliche Änderungen, welche die Einhaltung von Tempo 40 unterstützen, wichtig sind.

JLB: *P. Treuthardt* legt Wert darauf, dass das geforderte Lastwagen-Fahrverbot realisiert wird. Die baulichen Massnahmen stehen im Widerspruch zur Forderung nach einem Veloweg. Die Werkleitungserneuerungen werden jedoch befürwortet.

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Husi* hält fest, dass Auslöserin für diese Vorlage die IWB sind, welche auf die Sanierung der veralteten Leitungen drängen. Gleichzeitig sollen der Entwässerungsplan realisiert und abschliessend auch die verkehrsberuhigenden Massnahmen umgesetzt werden. Offensichtlich sind die Werkleitungen im Rat nicht umstritten. Er hofft, dass diese Arbeiten im Strassenabschnitt Kronenplatz bis Hohlegasse / Steinenkreuzstrasse möglichst rasch ausgeführt werden können. Denkbar wäre eine Abkoppelung von den Verkehrsmassnahmen.

Präsident E. Rietmann bekundet Mühe damit, dass der Rat einen Kredit für das Jahr 2005 bewilligen soll, einen weiteren sogar für das Jahr 2007.

Gemeinderat M. Husi betont, dass er es begrüssen würde, wenn der Kredit von 610'000 Franken heute beschlossen würde und die zweite Etappe nach Beratung durch die BPK später vorgelegt würde.

FDP: *M. Ziegler* präzisiert, dass die Summe für Werkleitungen und Erneuerung des Strassenbelags effektiv 560'000 Franken beträgt und die Fraktion diese genehmigen würde.

FDP: *M. Metz* ist gegen eine Zerteilung der Vorlage. Für ihn ist die aufgezeigte Terminplanung ohnehin nicht nachvollziehbar.

SP: *S. Zürcher* teilt diese Meinung. Soviel Zeit sollte sich genommen werden, dass die BPK das Gesamtprojekt prüft, wie es vom Gemeinderat vorlegt wird.

Gemeinderat C. Simon bestätigt, dass das in der Motion geforderte Lastwagenverbot und die Minikreisel noch pendent sind. Dazu wurde kürzlich bereits im Rückständebericht Stellung genommen. Inzwischen ist die kantonale Bewilligung für Tempo 40 eingetroffen und wird vollzogen. Das vom Kanton gutgeheissene Konzept umfasst jedoch zusätzlich bauliche und optische Massnahmen, welche gleichzeitig und zwingend umzusetzen sind. Die Paradiesstrasse ist mit über sieben Metern zu breit und soll auf sechs Meter reduziert werden, was eine Temporeduktion bewirkt. Der Bau von je einem Minikreisel am Neubadrain / Allschwilerweg, der andere hier zur Diskussion stehende an der Verzweigung Paradiesstrasse / Neubadrain / Langegasse sind Forderungen der Motion. Ein Veloweg entlang parkierter Autos ist nicht sinnvoll und wird auch vom Bundesamt für Unfallverhütung nach vorgenommener Begehung abgelehnt. Auf der Gegenseite, wo das Parkieren nicht erlaubt ist, ist ein Veloweg möglich. Der Kronenplatz ist ein kantonales Projekt und hat keinen direkten

Zusammenhang mit dieser Vorlage. Zur offenbar unklar formulierten Terminplanung ist, folgendes zu präzisieren. Wie Gemeinderat Husi ausführte, soll der unterste Abschnitt möglichst noch im kommenden Winter saniert werden. Anschliessend wird der Kronenplatz neu gestaltet. Voraussichtlich im Jahr 2007 sollen die verkehrsrelevanten Massnahmen ausgeführt werden. Auf diese Weise wird eine grosse Baustelle an der Paradiesstrasse während drei Jahren vermieden.

SVP: *M. Trautwein:* Nachdem das Geschäft an die BPK überwiesen wird, bittet er den Gemeinderat dass er auch nochmals klar aufzeigt, welche Probleme das Lastwagen-Fahrverbot stellt, damit dieses Thema endlich einmal abgehakt werden kann.

Einstimmig wird beschlossen:

://: **Das Geschäft wird zur Prüfung an die Bau- und Planungskommission überwiesen.**

Traktandum 6

Geschäft Nr. 204

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.6.2004:

Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 126'000 für die Sanierung der Liegenschaft Blumenstrasse 25

Eintreten:

FDP: *J. Koene* beschränkt sich auf die Aussage, dass die Fraktion dem Kredit zustimmen wird.

SP: *A. Braun* erachtet es als richtig, dass die Gemeinde ihre Liegenschaften in gutem Zustand erhält. Er möchte wissen, ob allenfalls auf dem Hausdach statt bzw. zusätzlich zur Begrünung Sonnenkollektoren installiert werden könnten. Die Fraktion befürwortet den Antrag.

CVP: *J. Infanger* gibt bekannt, dass seine Fraktion der Renovation ebenfalls überzeugt zustimmen wird.

SVP: *F. Gerber:* Seine Fraktion unterstützt den Antrag. Auf Sonnenkollektoren soll hingegen verzichtet werden.

Stellungnahme des Gemeinderats: *R. Felber* beantwortet die Frage von A. Braun negativ. Geplant ist eine extensive Begrünung des Daches.

Einstimmig wird beschlossen:

://: **Für die Sanierung der Liegenschaft Blumenstrasse 25 wird für das Jahr 2004 eine Investitionsausgabe von CHF 126'000 bewilligt. (Konto 942.503.10)**

Traktandum 7

Geschäft Nr. 191

Postulat der CVP-Fraktion vom 26.1.2004:

Erwerb des Areals des Schiessplatzes Allschwiler Weiher durch die Gemeinde Binningen

Stellungnahme des Gemeinderats betr. Überweisung

Eintreten:

CVP: *B. Bächtiger* dankt für die Stellungnahme und ist froh, dass der Gemeinderat das Postulat entgegen nehmen will. Die modifizierte Fassung wird von seiner Fraktion vorbehaltlos akzeptiert. Damit wird die Exekutive verpflichtet, aktiv bei der Entwicklung rund um das Areal des Schiessplatzes mitzuwirken.

Grüne: *K. Birkhäuser* ist gegen die Überweisung des Vorstosses. Erstens sind derzeit noch viele Fragen offen, zweitens fragt er sich, wozu der Landerwerb der Gemeinde Binningen dienlich sein soll. Der Realisierung eines Sportplatzes steht jene eines Naturparks entgegen. Die 'Grünen' bevorzugen letzteren.

FDP: *J. Humbel* stimmt seitens seiner Fraktion der Textänderung sowie der Überweisung überzeugt zu.

SP: *R. Dürig* schliesst sich der Aussage des Vorredners an. Es könnte ein Beispiel für gelebte Partnerschaft entstehen.

SVP: *U. Rediger:* In der abgeänderten Form wird der Vorstoss auch von der SVP unterstützt. Es ist wichtig, dass Binningen bei der Lösung der verschiedenen anstehenden Probleme seinen Einfluss geltend macht.

EVP: *U. von Bidder* findet es richtig, dass das Postulat überwiesen wird. Damit wird noch keinerlei Präjudiz geschaffen bezüglich der Frage, was auf diesem Areal entsteht.

JLB: *P. Treuthardt* spricht sich für die Überweisung aus. Er weist darauf hin, dass die Gemeinde dringend einen weiteren Sportplatz braucht.

Stellungnahme des Gemeinderats: *R. Felber* betont einmal mehr, dass die Zonenhoheit und der Entscheid, was mit dem Areal geschieht, bei Allschwil liegen. Besitzerin ist Basel-Stadt. Als Bittstellerin muss Binningen subtil vorgehen. Wie auch immer der Entscheid des Bundesgerichts ausfallen wird, wird der Gemeinderat die Verhandlungen wieder aufnehmen.

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

://: Das Postulat wird in der modifizierten Form an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 8

Geschäft Nr. 207

Interfraktionelles Postulat vom 10.5.2004:

Beteiligung der Einwohnergemeinde Binningen an der Finanzierung des Liegenschafts-kaufs Bottmingerstrasse 111 durch die Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen

Eintreten:

CVP: *B. Bächtiger* bedankt sich beim Gemeinderat für dessen Bereitschaft, das Postulat zu behandeln. Die Parzelle 1371 dient der Arrondierung und in ein paar Jahren eventuell für den Bau eines Trakts, z. B. für Demenzkranke. Der Vorstoss zielt darauf ab, dass die Gemeinde bei der Finanzierung der gekauften Parzelle mithilft. Das Angebot der Gemeinde für ein Darlehen zu angeblich günstigen Konditionen ist jedoch keine echte Lösung. Der Stiftungsrat Langmatten und der Gemeinderat sollten eine solche gemeinsam erarbeiten.

SP: *T. Rehmann* spricht sich für ihre Fraktion klar für die Überweisung aus. Es gehört zu den Kernaufgaben der Gemeinde, dass betagte Einwohner/innen ausreichend betreut und gepflegt werden können. Es muss eine für alle akzeptable Lösung gefunden werden.

Grüne: *M. Schmidli* befürwortet das postulierte Anliegen als auch den weitsichtigen Entscheid des Stiftungsrats, die Landreserve zu erwerben, dies besonders im Hinblick auf die zunehmend älter werdende Bevölkerung. Die Gemeinde kann aufgrund ihrer Finanzlage, der Stiftung Langmatten ein zinsloses Darlehen zur Verfügung stellen.

FDP: *M. Ziegler*: Wie aus den gemeinderätlichen Informationen zu entnehmen ist, hat die Stiftung kürzlich selber verneint, dass Landreserven notwendig sind. Der Kauf ist erfolgt und die Gemeinde hat der Stiftung Langmatten ein besseres Angebot als der Marktzins gemacht. Die Mehrheit der FDP-Fraktion findet die Argumente des Gemeinderats und dessen Antrag auf Überweisung widersprüchlich und wird dagegen stimmen.

SVP: *U. Rediger* befürwortet grundsätzlich das Anliegen des Vorstosses. Die Erläuterungen des Gemeinderats erstaunen, wonach bei einem Finanzbedarf die Parzelle wieder verkauft werden müsste. Es geht um eine sinnvolle Ergänzung des Areals. Und tatsächlich gehören Altersheime zu den eigentlichen Aufgaben einer Gemeinde.

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 9

Diverses

Präsident E. Rietmann bittet die Fraktionen, für die konstituierende Sitzung Stimmenzähler/innen zu nominieren.

Viele anwesende Ratsmitglieder müssen heute verabschiedet werden. Der Brieföffner, welchen sie erhalten kann selbstverständlich nur symbolisch als Anerkennung für die geleistete Arbeit und ihren Einsatz gelten. Weil er nach Alphabet vorgehen wird, ist Doris Anliker (FDP) zuerst an der Reihe, welche infolge Amtszeitbeschränkung ausscheidet. Bereits im ersten Amtsjahr war sie Mitglied in der Spezialkommission "Abfall-Reglement", später ebenfalls in jener für die Spitex-Leistungsvereinbarung. Während sechs Jahren war sie in der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, davon

zwei Jahre als Vizepräsidentin. In den letzten vier Jahren war sie in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission aktiv.

Benno Bächtiger kam vor zwei Jahren als Nachfolger von Mathias Cantaluppi in den Rat. Die CVP-Fraktion vertrat er in der GRPK. Weil er bei den Wahlen die Stimmenzahl nur knapp verfehlte, kommt er als Nachrückender vielleicht schon bald einmal wieder ins Parlament.

Peter Fankhauser, SP: Auch er könnte in absehbarer Zeit erneut nachrücken. Er trat im Oktober 1994 anstelle von Claude Janiak in den Einwohnerrat ein und wirkte vor allem in den letzten Jahren in verschiedenen Spezialkommissionen mit. Zudem war er Mitglied der Bau- und Planungskommission und in dieser seit 2003 Vizepräsident.

Claudia Fries, JLB, folgte im Januar 2003 für Alexandre Schmidt nach. Sie ist heute Abend abwesend. Obschon sie im Februar wiedergewählt worden ist, hat sie kürzlich aus persönlichen Gründen ihren Rücktritt erklärt.

Josef Infanger, CVP, folgte für Margrit Leu vor zwei Jahren nach. Leider wird er auf eine weitere Ratstätigkeit verzichten müssen, was er aber mit Humor nimmt.

Anne Mati war seit ihrem Eintritt 1992 für die FDP-Fraktion ein engagiertes Ratsmitglied. Sie wird ihre Tatkraft nächstens als Gemeinderätin einsetzen. Während ihrer ganzen Amtszeit setzte sie ihr Wissen in der GPK bzw. GRPK und als Mitglied von praktisch jeder Spezialkommission ein. Im Jahr 2000 wurde sie zur Vizepräsidentin und im 2001 zur Präsidentin des Einwohnerrats gewählt. Überdies war sie von 1989 bis 1996 Mitglied und zwischen 1997 bis Juni 2000 Präsidentin der Fürsorgebehörde.

Willy Müller, FDP, ist erst im Januar 2004 nachgerückt und muss aufgrund der Neuwahlen den Sitz bereits wieder abgeben.

Edgar Sütterlin, FDP, ist zweimal nachgerückt, erstmals 1993 bis Ende der VI. Legislaturperiode und dann erneut im Juli 1998 für Thomas Jenni. Er war beide Male Mitglied der GRPK sowie 1998 der Spezialkommission Spitex-Leistungsvereinbarung.

Als Vertreter der Jungen Liste war Pascal Treuthardt seit 1998 im Rat. Er war zudem bei Abstimmungen im Wahlbüro tätig.

Schliesslich scheidet auch Marius Zimmermann, FDP, aus. Seine Ratstätigkeit nahm er im Oktober 2000 auf. Er präsidierte die Spezialkommission betreffend Mietzins-Reglement und war seit Februar 2002 Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

Allen Austretenden dankt er ganz herzlich für die geleisteten Dienste, aber auch den weiterhin aktiven Ratskolleginnen und -kollegen und wünscht ihnen persönlich alles Gute.

Zu verabschieden sind zudem drei Mitglieder des Gemeinderats der FDP.

"Eigentlich weiss ich noch gar nicht recht, was mir passiert ist." Diesen Satz sagte Bea Fünfschilling zu einem Lehrerkollegen am Tag nach ihrer Wahl in den Gemeinderat vor 16 Jahren. Die letzten vier Jahre präsidierte sie die Exekutive. Sie war u. a. zuständig für Gesundheit, Abfallentsorgung, Spitex, Friedhof, für Sozialhilfe, Behörden und Verwaltungspersonal. Während ihrer Amtszeit nahm sie schätzungsweise an über 760 Sitzungen von Partei, Gemeinderat, vielen Kommissionen teil und vertrat an unzähligen Anlässen unsere Gemeinde. Stellvertretend auch für die Einwohner und Einwohnerinnen von Binningen ein herzliches Dankeschön für die grosse Arbeit, ihren Einsatz und ihr Engagement.

Ruedi Felber verlässt den Gemeinderat nach 16 Jahren. Von 1984 – 1987 war er Parlamentarier. Ein häufiger Satz von ihm war: "Das können Sie so nicht machen!" Dieser fiel z. B. im Zusammenhang mit dem Ausbau des Gleistrasses vom damals noch blauen Bähnli. Als Präsident der landrätlichen Bau- und Planungskommission hat er dann dem Gewerbeverein Lösungen aufgezeigt. Auch er hat eine breite Palette an Ressorts betreut: Sicherheit, Feuerwehr, Gemeindepolizei, später die Schulen und zuletzt den Hochbau mit sehr anspruchsvollen Projekten wie Schlosspark, Meiriacker-Schulhaus, Friedhof usw. Sein Terminkalender war während Jahren ebenfalls reich befrachtet mit Sitzungen und Besprechungen. Ganz herzlicher Dank gebührt auch ihm.

Schliesslich gilt es noch Max Husi zu verabschieden. Er war bereits von Januar 1995 bis Juni 1996 im Gemeinderat sowie erneut seit Juli 2000 und wiederum für Tiefbau und Strassen zuständig. Während vielen Jahren war er überdies im Einwohnerrat politisch aktiv.

Zum Schluss dankt E. Rietmann allen anwesenden Ratsmitgliedern und besonders den austretenden bestens.

Für ihn war es ein interessantes und spannendes Präsidialjahr mit dem Wechsel des Gemeindeverwalters seit diesem Jahr und den Neuwahlen im Februar sowie der Wahl eines neuen Gemeindepräsidenten. Von seinen drei Wünschen, welche er vor einem Jahr genannt hat, sind zwei in Erfüllung gegangen, nämlich die Zustimmung zur Realisierung eines Schlossparks und eine Lösung für das Problem Neubadrain. Noch nicht umgesetzt sind die Leistungsaufträge. Doch wie im richtigen Leben, gehen selten alle Wünsche in Erfüllung.

Zum Schluss geht ein Danke an die Damen Oppliger und Christen für die gute Unterstützung bei der Vorbereitung der Einwohnerrats- und Büro-Sitzungen sowie die Protokollierung.